



(c) Michael Krömer

Update aus Berlin

Oktober 2023 (I)



Kommunalkonferenz der SPD-Fraktion: An der Seite der Kommunen

**Freitag, 20. Oktober um 10:30 Uhr
Otto-Wels-Saal, Deutscher
Bundestag, Berlin**



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

seit dem Wochenende wird Israel von den Anschlägen durch die Terrororganisation Hamas erschüttert. Unsere Gedanken sind bei all den Menschen und ihren Familien, Freundinnen und Freunden. Die israelische Regierung hat den Kriegszustand ausgerufen. Diese Schandtaten der Hamas sind durch nichts zu rechtfertigen. Wir stehen in voller Solidarität zu Israel, seinem Recht auf Selbstverteidigung und Terrorbekämpfung. Die Sicherheit des Staates Israels ist uns Verpflichtung. Deshalb verstärken wir auch den Schutz der israelischen und jüdischen Einrichtungen in unserem Land.

Am Sonntag haben die Bürgerinnen und Bürger in Hessen und Bayern neue Landtage gewählt. Leider haben viele Menschen sich nicht für die SPD entschieden. Wir haben bei den Wahlen nicht nur an Stimmen verloren. Als Demokratinnen und Demokraten müssen wir mit Entsetzen feststellen, dass deutlich mehr Rechtsradikale in die Landesparlamente gewählt worden sind. Niemanden lässt das kalt. Und dennoch gilt jetzt umso mehr, sich dem entschlossen entgegenzustellen.

Der Stimmenzuwachs für die Rechtsradikalen liegt sicher auch daran, dass mit dem Thema Migration mobilisiert wurde. Wir wissen, dass viele Kommunen Enormes stemmen und einige an ihre Belastungsgrenze kommen. Die Herausforderungen bei der Migration können wir aber nur mit einem Bündel von Maßnahmen bewältigen – gemeinsam mit den Bundesländern und unseren europäischen Nachbarn. Von Anfang an haben wir uns für klare und humanitäre Regeln in der EU eingesetzt. Die Forderung nach einer Obergrenze ist wohlfeil – doch niemand, der sie fordert, sagt, wie sie konkret erreicht werden kann.

Wir verstehen, dass viele Menschen verunsichert sind. Der russische Krieg gegen die Ukraine dauert an, die Inflation ist zu hoch und die Transformation hin zu Klimaneutralität verlangt uns allen viele Veränderungen ab. Bei allen Herausforderungen ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, soziale Härten abzufedern und niemanden alleine lassen.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,
Euer

Inhalt

**Die Umfrage. >>> Meine Rede zum Gesetz für die Wärmeplanung. >>> Meine Rede zum Wachstumschancengesetz. >>> Internationale Konzerne gerecht besteuern.
>>> Praktikantin Ilona Mönning im Bundestagsbüro. >>> Besuch aus Beckum und Sendenhorst im Bundestag. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Aufstehen gegen die AfD im Kreis Warendorf!**

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Seit dem letzten Update ist unglaublich viel passiert, was uns in Deutschland enorm beschäftigt: In Hessen und Bayern hat die SPD die Landtagswahlen verloren. Aber nicht nur das. Die AfD hat enorm zugelegt und ist zweit- bzw. drittstärkste Kraft. Die Flüchtlingsdebatte wird immer intensiver. Und der Angriff der Hamas auf Israel und die damit immer weiter eskalierende Lage im nahen Osten lassen wohl niemanden kalt. Ich möchte deshalb dieses Mal von Euch wissen: Was macht das mit Euch?

- » Mich beschäftigt und belastet die aktuelle Lage sehr. Dennoch versuche ich mich so gut wie möglich zu informieren und immer auf dem Laufenden zu bleiben.
- » Was aktuell in Deutschland und der Welt passiert, macht mir Angst und ist frustrierend. Aktuelle Nachrichten möchte ich am liebsten gar nicht mehr sehen und hören.
- » Mich betrifft die aktuelle Lage nicht sonderlich, ich habe selbst genug um die Ohren.
- » Deine eigene Antwort.

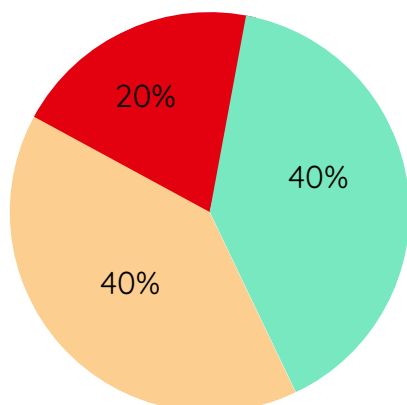
Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!



Letzte Umfrage:

Am Montag kamen die Bundesregierung und Vertreter:innen der Branche zum Wohnungsbaugipfel zusammen. Findest Du die beschlossenen Maßnahmen für mehr bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum ausreichend?

So habt Ihr abgestimmt:



- Die 14 vorgestellten Maßnahmen des Baugipfels sind wichtige Impulse, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.
- Die SPD muss noch stärker den Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Mieterhöhungen durchsetzen.
- Die Maßnahmen sind nicht ausreichend und werden keine Impulse geben.

Meine Rede zum Gesetz für die Wärmeplanung.

Klimawandel und Klimaschutz sind eine planetarische Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen und wollen. Darin sind sich die demokratischen Fraktionen in diesem Haus einig. Anders als die AfD, deren Abgeordneten scheinbar immer noch nicht verstanden haben, dass wir es mit einer menschengemachten globalen Erwärmung zu tun haben.

Dieser und weitere Aspekte führten dazu, dass ich in meiner Rede zum Ende der Debatte gar nicht zu meinen eigentlichen Punkten gekommen bin, weshalb ich diese hier nochmal kurz erläutern möchte:

Die kommunale Wärmeplanung ist ein Instrument, das ermöglicht, konkret, gemeinsam, bezahlbar und berechenbar zu einem klimaneutralen Leben in den Wohnungen der Stadt kommen können. Bis spätestens 2028 soll für alle Bürgerinnen in Deutschland klar sein, wie ihre Gebäude mit Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung klimaneutral werden können. Schon vorher sollen die Betreiber der Netze klar haben, wie sie durch erneuerbare Energien die Wärme bereitstellen können, um damit sinnvolle und bezahlbare Investitionen leisten zu können.



Meine Rede zum Wachstumschancengesetz.

Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich am Freitag zum Wachstumschancengesetz gesprochen. Als ein zentrales Projekt soll eine Investitionsprämie zur Förderung der Transformation der Wirtschaft eingeführt werden: 15 Prozent der Aufwendungen für Energieeffizienzmaßnahmen von Unternehmen könnten künftig als direkte finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung bezuschusst werden. Damit sollen Investitionen in saubere und klimafreundliche Technologien angeregt werden. Auch die steuerliche Förderung von Forschung und

Entwicklung soll verbessert werden. Neben Personalkosten könnten künftig auch Sachkosten gefördert werden. Außerdem wird die maximale Bemessungsgrundlage verdreifacht, wodurch die Förderbeträge steigen. Für kleine und mittlere Unternehmen würde sich darüber hinaus der Fördersatz von 25 auf 35 Prozent erhöhen.

Wenn Ihr Euch die Reden nochmal anhören möchtet, schaut einfach bei [Facebook](#) oder [Instagram](#) vorbei!



Internationale Konzerne gerecht besteuern.

Bisher verteilen große internationale Konzerne ihre Gewinne oft weltweit - und zwar besonders gerne dahin, wo sie möglichst wenig Steuern zahlen müssen (auch bekannt als Steueroasen). Das führt dazu, dass Konzerne wie Amazon hier in Deutschland zu wenig Steuern zahlen.

Doch Dank der globalen Mindestbesteuerung von 15 Prozent wird das bald nicht mehr möglich sein! Mit ihr stellen wir sicher:

Wenn ein Konzern mit Sitz in Deutschland künftig seine Gewinne in Steueroasen verschiebt, muss er trotzdem in Deutschland Steuern zahlen - und zwar die Differenz von dem "Niedrigsteuerland" zu der Mindeststeuer von 15 Prozent. Es lohnt sich dann also nicht mehr für Internationale Konzerne, Gewinne zu verschieben. Noch als Bundesfinanzminister hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz dafür eingesetzt. Mit Erfolg! Nun setzen auch wir mit der EU die globale Mindestbesteuerung um.

**INTERNATIONALE
KONZERNE
GERECHT BESTEUERN!**

**Wir setzen die globale
Mindestbesteuerung um.**

Kostensteigerung bei der B64n.

Bei mir im Wahlkreis erhitzt derzeit die Meldung eines enormen Kostenanstiegs für den geplanten Ausbau der B64 die Gemüter. Die prognostizierte Kostensteigerung um rund 112 % auf über 290 Millionen Euro ist nicht unrealistisch. Steigende Kosten in allen Lebenslagen begleiten uns seit Beginn des russischen Angriffskrieges und der Inflation. Dass auch der Straßenbau davon nicht verschont bleibt, ist abzusehen. Der rasante Kostenanstieg veranlasst einmal mehr dazu, die Realisierung der geplanten Trasse in Frage zu stellen. Wer die Verkehrsprobleme von heute und morgen vor allem durch zusätzlichen Straßenbau lösen will, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Die Menschen in Warendorf und entlang der geplanten Trasse wollen diese Straße in der bisherigen Planung nicht – weniger denn je.

Das zeigen mir auch immer wieder die Gespräche, die ich vor Ort führe. Mit der enormen Kostensteigerung kommt ein weiteres Gegenargument hinzu. Bedarf und Bedürfnisse haben sich seit Beginn der Planung dieser Straße enorm verändert – kein Wunder, bei über 30 Jahren. Die Kostenexplosion setzt ein weiteres Ausrufezeichen hinter das, was die B64n nach aktuellen Plänen ist: Nicht mehr zeitgemäß!



Praktikantin Ilona Mönning im Bundestagsbüro.

Ilona Mönning arbeitet im Bürgerbüro einer Stadtverwaltung im Kreis Warendorf und absolviert zurzeit eine berufliche Weiterbildung am Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Soest. Als Praktikantin in meinem Berliner Büro konnte Ilona zwei Wochen im Oktober den Arbeitsalltag eines Abgeordneten hautnah erleben und einen unverstellten Blick in den Bundestagsbetrieb werfen.

Ich freue mich immer über interessierte Praktikantinnen und Praktikanten aus dem Wahlkreis, denn ich finde es wichtig zu vermitteln, dass die Demokratie nicht von selber funktioniert, sondern Menschen braucht, die täglich daran arbeiten. Vielen Dank an Ilona Mönning für ihre klasse Mitarbeit!



Besuch aus Beckum und Sendenhorst im Bundestag.

Ich habe mich richtig gefreut, zahlreiche Jugendliche aus Beckum und Sendenhorst in Berlin zu empfangen!

Danke für Euren Besuch!

Es bedeutet mir viel, wenn junge Menschen aus dem Kreis Warendorf die Herzkammer der Demokratie in Berlin näher kennen lernen möchten. Zu den Aufgaben der Abgeordneten gehört nämlich auch den Menschen aus dem Wahlkreis die Arbeit hier in Berlin zu erklären und greifbar zu machen. Ich finde es wichtig, dass junge Menschen aus dem Kreis Warendorf einen Einblick in den parlamentarischen Alltag erhalten. Ich freue mich auf unser nächstes Treffen – sei es im Kreis Warendorf oder in Berlin.





Besuch aus der Heimat:
Marianne und Ferdinand Bergmann
aus Sendenhorst zu Gast im
Deutschen Bundestag.



In der **NRW-Landesgruppensitzung** am
vergangenen Montag war Anja Weber,
Vorsitzende des DGB NRW, zu Gast.
Dabei ging es um die Frage, wie wir ge-
meinsam antidemokratischen Tendenzen
in der Gesellschaft und in den Betrieben
entgegenwirken können. Vielen Dank für
den guten Austausch!



Bei der Führung im **Aerdes
Architekturforum** mit
Ministerin Klara Geywitz
und den Mitgliedern des
Bauausschusses.





Besuch aus dem Kreis Warendorf am
vergangen Mittwoch.



Zu Gast bei der **AG Migration und
Integration.**



Ein paar Eindrücke vom
Festival of Lights





Im Austausch mit **Rüdiger Lohse**,
Geschäftsführer des DENEFF
EDL_HUB.



Beim Gespräch mit den
Finanzamtsvorsteher:innen
war auch **Dr. Berger, Markus**
LRD FA Warendorf, dabei.



Beim Treffen mit Vertretern der Bau- und
Ausbauwirtschaft.



Solidarisch an der Seite Israels

In schwierigen Zeiten wie diesen ist es wichtiger denn je, solidarisch zusammenzustehen und unsere demokratischen Grundwerte zu verteidigen. Im Kreis Warendorf finden deshalb in den kommenden Tagen und Wochen zahlreiche Veranstaltungen zur Solidaritätsbekundung mit Israel statt.

Hier findet Ihr eine kleine Übersicht:

Samstag, 14. Oktober, 09:30:

**Mahnwache - Gegen Menschenfeindlichkeit und für eine liberale Demokratie
Fußgängerzone Beckum, am Denkmal der Synagoge**

Samstag, 21. Oktober, 10:00:

**Mahnwache für den Frieden in Israel
Marienplatz, Ahlen**



Weitere Veranstaltungsempfehlung:

Dienstag, 24. Oktober, 17:30

Mahnwache mit anschließendem Programm kino in Ahlen:

Der AfD-Kreisverband trifft sich in der Ahlener Stadthalle zu einer Sitzung.

Der Förderverein für Flüchtlinge Ahlen e.V. möchte mit einem „stillen Protest“ deutlich machen, dass wir diese vom Verfassungsschutz beobachtete Partei und ihre Ideologie nicht dulden.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich von 17.30 Uhr bis 19 Uhr an der Protestkundgebung vor der Stadthalle zu beteiligen.

Im Anschluss um 19.15 Uhr wird auf Einladung des SPD-Kreisverbands und der Jusos im CinemAhlen ein Dokumentarfilm über die AfD gezeigt, der Eintritt ist frei.